

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Aprilhälfte 1500.— M. Einzelverkaufspt. 120 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf: { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgesaltene Zeitspalte über deren Raum 300.— Mark, auswärts 350.— Mark, für Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 M., für Reklamen 1200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf: { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 80.

Freitag, 6. April 1923.

30. Jahrgang.

Ein neuer Reparationsplan?

Wie Frankreich sich die Ruhrlösung denkt.

III. Amsterdam, 6. April.

Aus London wird gemeldet: Loucheur kehrte gestern nach Paris zurück und nimmt die Zusicherung Bonar Law's mit, daß England auch weiterhin neutral verbleiben werde. In gewissen politischen Kreisen hofft man noch auf eine baldige Gelegenheit, zugunsten einer Verständigung einzugreifen. Loucheur hat Lloyd George und Bonar Law erklärt, er persönlich sei gegen die Besetzung des Ruhrgebietes gewesen. Jetzt aber müsse Frankreich doch dort bleiben bis Deutschland ein ernstes Angebot gemacht habe. Bonar Law hat darauf erklärt, daß er an seinen Reparationsplan und an seinen Vorschlägen zur Schuldentilgung, die er vor der Ruhrbesetzung in Paris unterbreitet hatte, noch festhalte, obwohl wahrscheinlich keine Änderungen notwendig werden würden. — Reuter berichtet ferner: Es verlautet, daß Loucheur dem Premierminister folgenden Wiederherstellungsplan mitgeteilt hat:

1. Die Herabsetzung der Gesamtsumme der Wiederherstellungen.
2. Die Ausgabe einer internationalen Anleihe und
3. eine internationale Garantie der Verträge.

Der ehemalige französische Minister Loucheur hat sich während der Ostertage in London aufgehalten und dort Besprechungen mit maßgebenden Persönlichkeiten der gegenwärtigen Regierung, u. a. auch mit Lloyd George, geführt. Auf diese Besprechungen sind jedenfalls die Ausführungen des diplomatischen Berichterstatters des „Daily Telegraph“ über die Lösung des Ruhrkonflikts zurückzuführen. Der Berichterstatter betont zunächst, daß die Bewegung zugunsten einer praktischen Lösung des Ruhr-

konflikts und der Reparationsfrage in amtlichen und nichtamtlichen französischen Kreisen an Boden gewinne. Aus seinen weiteren Feststellungen ergibt sich, daß Frankreich nach wie vor die Frage der Reparation mit dem Problem der Sicherheit verknüpft. Erfreulich ist, daß man wenigstens in Worten anerkennt, daß die Gesamtschuldung bei einer kommenden Regelung auf eine „bescheidene Summe“ herabgesetzt werden muß. Leider aber merkt man in den weiteren Ausführungen des „Daily Telegraph“ nicht viel davon, daß die „maßgebenden französischen Kreise“ auch bereit wären, diese ihre Auffassung in die Tat umzusetzen. Sie verlangen ausschließlich für Frankreich eine Mindestforderung von 26 Milliarden Goldmark und wünschen andererseits, daß die Schulden der Entente an die Vereinigten Staaten auf Deutschland übertragen werden, sodaß die deutsche Gesamtschuldung ungefähr 50 Milliarden Goldmark betragen würde. Deutschland soll in Zukunft also ausschließlich Schuldner der französischen Regierung und Amerikas sein. An eine derartige Regelung wird die Bedingung gewisser Garantien der deutschen Industrie und einer weit reichenden internationalen Ueberwachung der deutschen Finanzen, die einem mehrfach von alliierter Seite gegebenen Versprechen zuwiderlaufen würde, geknüpft.

Gänzlich undiskutierbar wird dieser Vorschlag durch die gleichzeitige Lösung des Sicherheitsproblems, wie sie sich maßgebende französische Kreise vorstellen. Die Bildung einer westdeutschen Republik auch als integralen Teil des Reiches muß Deutschland ablehnen, um so mehr als diese Forderung damit begründet ist, daß die bisherige preussische Verwaltung beendet werden muß. Aus dieser Begründung lassen sich Schlussfolgerungen auf französische annexionsistische Bestrebungen in veränderter Form ziehen.

Das Hunger-Dumping der deutschen Arbeiterschaft.

SPD. Jahre hindurch hatte die deutsche Produktion vor der ausländischen dadurch einen Vorsprung, daß sie durch den niedrigen Stand der deutschen Währung in der Lage war, Waren billiger zu exportieren als gleichwertige Produkte im Ausland kosteten. Nach der Stützungsaktion für die Mark aber hat sich ergeben, daß der Preisvorsprung der deutschen Waren, umgerechnet in fremde Valuta, sich wesentlich vermindert hat. Trotzdem ist die deutsche Industrie noch in der Lage, nach dem Ausland einen Schleuderelexport zu betreiben. Dieser Schleuderelexport, meist Dumping genannt, wurde in der Hauptsache damit begründet, daß die deutsche Industrie durch Ueberhöhung der inländischen Warenpreise sich die Möglichkeit schuf, ähnlich wie vor dem Kriege durch bewußte und absichtliche Unterbietung der fremden Konkurrenz sich den Absatz ins Ausland offenzuhalten. Diese Auffassung mag richtig sein; sie kennzeichnet aber nur die Außenseite der Frage. Tatsächlich wird der billige Export der deutschen Industrie dadurch herbeigeführt, daß der deutsche Arbeiter im Verhältnis zu seinen ausländischen Kollegen wesentlich unterbezahlt ist. Die Schweizer wirtschaftliche Monatschrift „Die Kurve“, der wir die nachfolgenden Ausführungen entnehmen, hat sich dadurch ein Verdienst erworben, daß sie die weltwirtschaftlichen Konsequenzen dieses Hunger-Dumpings der deutschen Arbeiterschaft in einer Untersuchung klargestellt hat, die weiteste Verbreitung verdient:

„Wie die Preise und die Valuten der verschiedenen Länder vor dem Krieg ziemlich genau aufeinander abgestimmt waren, so bildete sich für die Arbeiter der verschiedenen Volkswirtschaften auch eine Lebenshaltung heraus, die — abgesehen von durch nationale Eigenart und klimatisch bedingte Verschiedenheiten — mindestens in der Nahrung, wenigstens hinsichtlich des Kalorienwertes nicht allzu sehr unterschieden war. Sie schwankte zwischen 3000 und 3800 Kalorien. Eine Arbeiterfamilie von ungefähr gleicher Größe brauchte u. a. pro Jahr Kilo, bezw. Liter, bezw. Stück:

Waren	in der Schweiz (1912)	Deutschland (1909)	Oesterreich (1912)	England (1904)
Brot	500—510	450 (geschätzt)	414	520
Milch	1070—1080	504	665½	298
Fleisch u. Wurst	102—106	131	165½	154
Butter	14¼—16¼	35	10	47
Eier	10¼—12¼	18	5½	18
Fisch	380—390	392	465	625/26
Fette u. Öle	22¼—24¼	28½	47½	?
Kartoffeln	247—257	438	164	402
Leigwaren	28—29	?	?	?
Zucker	65—67	14½	65	126
Kaffee	8—8½	?	?	?

Gewiß finden sich in dieser Aufstellung wesentliche Unterschiede der Lebenshaltung. Wenn es handelt sich doch mehr um Verschiebungen in den Artikeln, als um eine ausgesprochen andere Lebensweise. Die Lebenshaltung der zentral-europäischen Arbeiterschaft, inkl. jener Englands, wies insofern aber besondere und ganz unbestreitbare Ähnlichkeiten auf, daß sie ca. 45—55 Prozent ihres Einkommens auf die Ernährung verwendete. Im großen und ganzen war — bei allen tatsächlich vorkommenden Verschiedenheiten — eine einheitliche Lebenshaltung insofern vorhanden, als der Arbeiter in einem Lande sich ohne große Schwierigkeiten an den Standard im anderen gewöhnen konnte. Man kann also mit Recht von einer gewissen Stabilität der internationalen Lebenshaltung sprechen. Diese Stabilität war eine äußerst wichtige Grundlage für die internationalen Konkurrenzverhältnisse. Es liegt auf der Hand, daß in dem Moment, wo die Arbeiterschaft eines Landes sich bereit erklärt hätte, ein Drittel weniger zu konsumieren, diese freiwillige Zurückschraubung der Lebenshaltung sich aufs schärfste hätte in den Konkurrenzbedingungen ausdrücken müssen. Was ist nun aber heute geschehen?

Ca. 10 Millionen Arbeiter Deutschlands arbeiten heute unter ganz veränderter Lebenshaltung. Alle Berichte, die wir besitzen, sprechen dafür, daß sie für die Ernährung ca. 70 bis 80 Prozent ihres Einkommens verwenden müssen. Das ist ein Prozent weniger als für die Ausgabenstruktur des chinesischen Arbeiterhaushaltes festgestellt worden ist. — Und für was für eine Ernährung! Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß der qualifizierte Arbeiter von heute in Deutschland höchstens 50—45 Prozent von dem verdienen kann, was er früher als zu seinem Unterhalt gehörig erachtete. Dabei erspart ihm die Mieterschutzgesetzgebung sozusagen ganz die Befreiung der Nahrungsbedürfnisse, für die er früher doch 15—20 Prozent seines Einkommens zu verwenden hatte. Wenn auf dem Gebiete des Wohnungswesens der Ausgleich einmal eingetreten sein wird und wenn die Anpassung der im Inland produzierten Nahrungsmittel an die Preise des Weltmarktes im Verlaufe eines halben Jahres gänzlich erfolgt ist, dann erst wird sich zeigen, ein wie flüchtig er jetzt einer schon früher nichts weniger als üppigen Lebensweise dem deutschen Arbeiter verblieben ist.

Was hier an Umstellungen in der Lebenshaltung vor sich gegangen ist, ist durchaus keine bloß innerdeutsche, son-

Französische Sirenenklänge.

SPD. Dortmund, 5. April. (Sig. Drahtber.)

Die französische Besatzung läßt in tausenden von Exemplaren unter Zustimmung von Flugzeugen und Automobilen folgendes Flugblatt an die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes verteilen:

Arbeiter!!! Um die Besatzungsbehörden daran zu hindern, 5 Autos zu requirieren, hat die Krupp'sche Fabrikleitung Tausende von Arbeitern gegen ein Duzend französischer Soldaten aufgehetzt und losgelassen. Sie haben sich verteidigen müssen. 10 deutsche Arbeiter haben den verbrecherischen Egoismus ihrer Arbeiter mit ihrem Leben bezahlet müssen. An dem vergossenen Blut ist Krupp und Krupp allein verantwortlich. Niemals haben die Franzosen beabsichtigt, in die Fabrik einzudringen, um friedliche Arbeit zu hören. Die Requisition der Autos konnte ohne Aufsehen und ohne Störung vor sich gehen. Die Krupp'sche Fabrikleitung hat das nicht gewollt. Einen blutigen Zwischenfall hat sie vorsätzlich und wissentlich herbeigeführt. Heute noch will sie diesen ausbauen zur Unterstützung der Cuno-Politik! Deutscher Arbeiter, sei mißtrauisch gegen die Aufwiegler! Bleibe kaltblütig und vernünftig! Der chauvinistische Hecker, der ist der wahre Feind!

In eigener Dummheit versuchen die französischen Militaristen also trotz aller Mißfolge immer noch, die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes vor ihren Karren zu spannen. Der deutsche Arbeiter aber weiß zu genau, daß diejenigen, die im Ruhrgebiet widerrechtlich einmarschieren und sich jetzt als „Freunde“ aufspielen, mehr als einmal in Frankreich als Beauftragte der Kapitalisten gegen streikende französische Arbeiter ebenso vorgingen wie am Karfreitag gegen deutsche Arbeiter in Essen, und daß gerade sie im eigenen Lande die Träger des Chauvinismus sind, den sie plötzlich als Feind bezeichnen. Aber schließlich wird die Borniertheit im Interesse der französischen Militärs, die sich nur auf Kriegslist verstehen, verständlich, wenn man ihnen zugute rechnet, daß sie nur befehlsmäßig denken gelernt haben und schließlich auch in dem betreffenden Fall nur ausführten, was ihnen schon zu Beginn der Ruhraktion von Paris aus befohlen wurde. Bereits am 25. Januar konnte unser Genosse Wels im Reichstag einen Instruktionsbefehl der französischen Regierung an ihre Truppen im Ruhrgebiet bekanntgeben. Nach diesem Befehl sollte den Arbeitern vorgelesen werden, daß sich die deutsche Regierung systematisch im Interesse der Schwerindustrie ihrer Verpflichtungen entzogen hat, während Deutschland selbst keine ökonomische Lage besterle. U. a. wurde den Militärs befohlen, auf die großen Gewinne der Industrie hinzuwirken und sie im Vergleich zu stellen mit dem Sturz der Mark, unter dem die Arbeiterschaft leidet. Schon deshalb habe Frankreich das Ruhrgebiet zum Brand genommen, um den Geldhandel ins Gleichgewicht zu setzen. Das demokratische, republikanische Frankreich wolle nicht den Arbeiter ausnützen, sondern ihn leben lassen bei Löhnen, die besser im Einklang stünden mit der erzeugten Arbeit. Frankreich werde die für seine Reparationen nötigen Summen den Ausbeutern der Arbeit, den Großkapitalisten, auferlegen.

Blünderung der Reichsbank in Bochum.

III. Dortmund, 6. April. (Vol.-Anz.)

Die Franzosen umstellten gestern nachmittag von 4½ bis 7 Uhr das gesamte Bankviertel am Wilhelmsplatz in Bochum. Schlossen es ab und durchsuchten die Commerz- und Privatbank, sowie die Reichsbank nach angeblichen Streitzeldern für die Eisenbahnen. Während sie bei der Commerz-Bank nichts vorfanden, wurden bei der Reichsbank 250 Millionen Mark mitgenommen. Es soll sich hierbei um den Rest der Kassengelder des Bahnhof's Bochum-Nord handeln. Bei der Commerz- und Privatbank wurden die Direktoren Becker und Werner, sowie ein Kassierer verhaftet. Auf die Nachricht von dem neuen Eingreifen der Franzosen schlossen sämtliche Banken.

Neue Eröffnungen.

Düsseldorf, 6. April.

Der Direction der Rhein-Metall-Werke ist auferlegt worden, elf neue Lokomotiven, die bereits fertiggestellt sind, den Besatzungsmächten auszuliefern. Falls die Direction diesem Ersuchen nicht nachkommt, wird das Unternehmen mit einer täglichen Geldbuße von 1 Million Mark bestraft.

Frankeichs Kohlenbeute.

III. Koblenz, 6. April.

Nach einer genauen Aufstellung der zuständigen deutschen Stellen betrug die Ausfuhr an Kohlen und Koks aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und Belgien vom 6. bis 21. März 52 Züge mit insgesamt 479 Waggons Koks und 1025 Waggons Kohlen. Die Menge der abtransportierten Kohlen und des Kokes stellt ungefähr 1 Proz. der früher von Deutschland vertriebsmäßig geleisteten Lieferungen dar.

Befegung der Banken und Verhaftungen.

SPD. Aus dem Ruhrgebiet, 5. April.

In Bochum haben die Franzosen heute nachmittag sämtliche Großbanken militärisch besetzt und abgerast. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor. An der Zollstation in Herdecke beschossen gestern mittag französische Soldaten vier auf dem Wege von Herdecke nach Haagen begriffene Arbeiter, die die Zollgrenze bereits passiert hatten, und verhafteten drei von ihnen im unbesetzten Gebiet. Verlegt wurde niemand. In Buer haben die Franzosen gestern die drei als Mitglieder der Deutschpötkischen Organisation bekannten Personen, darunter eine Dame, verhaftet und in deren Wohnungen Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Dame wurde gegen ehrenwörtliche Versicherung, keinen Fluchtversuch zu unternehmen, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Dollar 2100.

Den eine internationale Angelegenheit. Nehmen wir an, die deutsche Industrie hätte vor dem Kriege Kulis exportiert, um die französische, belgische, englische, schweizerische Industrie auf dem Wege der billigeren Lebenshaltung der Arbeitskräfte im Konkurrenzkampf zu schlagen und der nichtdeutschen Industrie wäre ein gleicher Ausweg versagt geblieben. Hätte diese Tatsache nicht die ganze Welt aufgereizelt? Daran ist nicht zu zweifeln.

Und heute? Die deutsche Lebenshaltung steht heute weit unter dem — und dies bei ganz anderen klimatischen Bedingungen —, was ein armer Bauer in den Abbrüzen vor dem Kriege sich zulegte. Um diese Lebenshaltung wetteifert in Form der Preise der Fertigfabrikate die Industrie aller Länder. Rohbaumwolle ist in Deutschland eher teurer als auf dem Weltmarkt. Der Spinner und Zwirner kann den ausländischen eher schon unterbieten, weil seine Leute weniger essen, als die entsprechenden des Auslandes. Der Weber erhält das Garn daher billiger. Der Stoff, den er absetzt, konkurrenziiert den ausländischen um den Betrag der Lebenshaltungsdifferenz der Spinner, Zwirner und Weber in Deutschland und im Vergleich zu jener im Auslande, und wenn der Stoff gar in Form des Hemdes exportiert wird, so steckt darin noch die Differenz der Lebenshaltung der Schneiderin. Das ist das fürchterliche Hunger-Dumping der deutschen Exportindustrie.

Es ist undenkbar, daß ein Volk von 60 Millionen im Zeitalter der Verkehrswirtschaft eine so elende Lebenshaltung durchmachen muß, ohne daß es die Konkurrenzstaaten am eigenen Leibe in gleicher Form büßen müssen. Das deutsche Hunger-Dumping ist eine Erscheinung, die nach der Konsolidierung der Währungs- und Preisverhältnisse binnen kurzem, nachdem einmal der Star gestochen sein wird, alle Welt beschäftigen wird. Und je länger die siegreichen Nationen in Konferenzen, Kommissionen und Expeditionen an Deutschland herumdoftern, umso schwieriger wird die Lage auch für sie werden. Denn es ist grundsätzlich, wenn man glaubt, bei unserer dermaligen Wirtschaftsverfassung zähle ein Volk allein eine Rechnung. Jedes muß auf dem langsamen und mühseligen Weg des Zirkulationsprozesses der Waren mithelfen, ob es wolle oder nicht. Das wird auch die Schweiz treffen. Wir sind erst in den Anfängen.

Diese Ausführungen sind so schlagend und beweiskräftig, daß sich eigentlich jedes Wort des Kommentars erübrigt. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß es keine vernünftendere Kritik des Versailler Vertrages gibt als die Feststellung, daß das deutsche Volk mit seinem Hunger nicht nur die Kosten imperialistischen Wahnsinns trägt, sondern sie auch durch den Güterexport auf diejenigen Mächte abwälzt, die glauben, aus dem internationalen Chaos Nutzen ziehen zu können.

Sozialistische Friedensarbeit.

London, 5. April.

Neater meldet: Ramsay MacDonald sagte in einer Rede in Northampton (Wales), er sei kürzlich in Paris gewesen und habe festgestellt, daß man dort zugebe, Frankreich werde aus dem Ruhrgebiet keine Reparationen erlangen. Er und seine Kollegen hätten mit Mitgliedern des französischen, des belgischen und des italienischen Parlaments in Paris und anderswo zusammengearbeitet, um genau herauszufinden, unter welchen Bedingungen eine Regelung erreicht werden könnte. Er vertrete darauf, daß man einer Lösung des Ruhrproblems viel näher sei als vor drei Wochen. Die Arbeiterpartei bemühe sich, die englisch-amerikanischen Zusammenarbeit mit Europa umzusetzen, nicht für militärische und imperialistische, sondern für moralische Zwecke, damit Amerika, Großbritannien und andere Mächte eine großzügige sozialistische Politik einleiten könnten. Der Sozialist Vertrag werde revidiert werden müssen.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Bregenz, 5. April. (Eig. Drahtber.)

Das Komitee, das zur Vorbereitung des Hamburger Weltkongresses eingesetzt wurde, trat gestern hier unter dem gemeinsamen Vorsitz der beiden Sekretäre Tom Shaw und Friedrich Adler zur Beratung zusammen. Weitere Teilnehmer der Konferenz sind: Belgien-Deutschland, Österreich-Ungarn, Brack-Frankreich, Spanien-Portugal (an Stelle Bundesrathes), Thomas-England (an Stelle Hendersons), Indonesien-Dänemark (an Stelle Steuermanns), Antwerpen-England (an Stelle Wallachs, der noch zusammen mit Crispian von Komagor der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands erwartet wird). Zunächst erzie die Konferenz das Andenken des toten verstorbenen Genossen Martow und laudete ein Beileidsgramm an die Auslandsvertretung der russischen Partei. Sodann wurden die Arbeiten der Konferenz in Angriff genommen. Tagesorden und Datum des Hamburger Kongresses wurden endgültig bestätigt und der Geschäftsordnungsentwurf für Hamburg durchgesehen, was auch eine Nachprüfung in Angriff nahm.

Wichtige Zusammenstöße in Bulgarien.

Sofia, 5. April.

Vor einigen Tagen waren aus der Stadt Samokli Meldungen über einen blutigen Zusammenstoß mit Anarchisten hier eingetroffen. Man hatte hier genauere Nachrichten vor. Es hat eine blutige Schlacht gegeben, die volle zwei Tage dauerte. Anlässlich eines Anarchistenkongresses sammelten sich etwa 500 Anarchisten an. Die Genossen erdrosselten nach einer vergeblichen Aufforderung an die Anarchisten, den Marktblog zu räumen, das Feuer. Die Anarchisten haken in die Häuser und erwiderten aus den Fenstern mit schweren Revolvern das Feuer. Aus Wühlposten mußte ein Dutzend Soldaten zur Unterdrückung der Genossen gerufen werden. Bei der Nacht liegen die Anarchisten 50 Tote und 30 Schwerverletzte in den Straßen zurück. Dem Militär sind 150 Anarchisten in die Hände gefallen.

Parteitag der belgischen Arbeiterpartei.

Während der Vortage hielt die belgische Arbeiterpartei in Brüssel ihren 34. Parteitag ab. Die belgische Arbeiterpartei zählt gegenwärtig mehr als 600 000 Mitglieder. Im Laufe des verflohenen Jahres hat die Partei ein eigenes Verlagshaus geschaffen, das bis jetzt 48 000 Broschüren in Französisch und 17 000 in Flämisch herausgegeben hat. Die vier sozialistischen Zeitungen des Landes, zwei im französischen, zwei im flämischen Teil, haben insgesamt eine Auflage von 180 000 Exemplaren. Es sind 150 000 Arbeiterstimmen und noch die hunderttausende Stimmen der Bauern.

Die Abordnung aus Mitgliefern der Partei und der Gewerkschaften, die vom 19. bis 25. März das Ruhrgebiet bereiste, um sich an Ort und Stelle ein genaues, objektives Bild zu machen, legte dem Parteitag einen umfangreichen, von Wauters abgefaßten Bericht vor. Der Bericht schildert u. a. die Anstrengungen zur Ausbeutung des Ruhrgebietes, die zum kläglichen Fiasko verurteilt seien. Die Haltung der gesamten Truppen, der finanzielle Zusammenbruch des Landes und die Schwierigkeiten der Lebenshaltung, das alles sei geeignet, den Geist des passiven Widerstandes, der die gesamte Bevölkerung befehle, zu stärken, statt zu schwächen.

Warschauer Protestkundgebung gegen die Hinrichtung Budkewitz.

II. Warschau, 6. April.

Als Protest gegen die Hinrichtung des Bräutens Budkewitz fanden in Warschau Montag nachmittags Protestversammlungen und ein Umzug durch die Straßen statt. Dem Ministerpräsidenten wurde eine Resolution überreicht, die der Entziehung der politischen Bewilligung Ausdruck gibt. Auch von sämtlichen Parteien und A' hängereinschaften fanden überall Protestkundgebungen statt.

Reln Abbruch der polnisch-russischen Beziehungen.

II. Wien, 6. April.

Die Entscheidung darüber, welche Stellung Polen zu den Forderungen der Sowjetregierung einnehmen wird, dürfte erst morgen fallen. Es verlautet jedoch, daß die Regierung die Verhältnisse nicht durch einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen auf die Seite treiben wolle, sondern eine energische, aber sachliche Antwortnote an Rußland abzugeben beabsichtige. Berichte wollen wissen, daß der Warschauer Sowjetgesandte Obolenski demissioniert hätte, weil man in Moskau seinem Ratsschlag, die verurteilten Priester zu begnadigen, nicht angenommen hat.

Neue Vorschriften über Lohn- und Gehaltspfändung.

Von Friedrich Klees.

Da die Geldentwertung in letzter Zeit immer weitere Fortschritte gemacht hat, so sind die Bestimmungen über die Pfändung von Lohn und Gehalt abermals geändert worden. Die Beträge, die den Arbeitnehmern für ihren Lebensunterhalt unter allen Umständen zu belassen sind, wurden erheblich hinaufgesetzt. Nach dem letzten einschlägigen Gesetz vom 23. Februar 1923 ist die Rechtslage folgende:

Der Arbeits- und Dienstlohn ist bis zur Summe von 600 000 Mark für das Jahr und, soweit er diese Summe übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Beispiel: Das Gehalt beträgt 1 200 000 Mk. Von dem das unerlässliche Existenzminimum von 600 000 Mk. übersteigenden Betrag darf ein Drittel, also 200 000 Mk., auch nicht angegriffen werden, jedoch für den unpfändbaren Gesamtbeitrag auf 800 000 Mk. beziffert. Mehr begünstigt wird bei der Pfändung der Schuldner, der bestimmte Angehörige zu unterhalten hat, nämlich seinen Ehegatten, frühesten Ehegatten, Verwandte (der aufsteigenden oder absteigenden Linie, also z. B. Eltern oder Kindern) oder uneheliche Kinder. Hat er solchen Personen Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des 600 000 Mk. im Jahr übersteigenden Beitrages für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Gleichen wir bei dem oben angeführten Beispiel, in dem der Lohn 1 200 000 Mk. betrug, so tritt dem unpfändbaren Drittel des Mehrbetrages von 200 000 Mk. noch ein Sechstel des Mehrbetrages, nämlich 100 000 Mk. hinzu, jedoch zusammen 900 000 Mark dem Zugriff nicht unterliegen. Nehmen wir an, der Schuldner ist verheiratet und hat drei Kinder. Dann würden von dem 600 000 Mk. übersteigenden Betrag unpfändbar sein für den Schuldner selbst ein Drittel, für seine Frau und die Kinder zusammen drei Sechstel. Das würde fünf Sechstel, also ein Sechstel mehr als zwei Drittel ergeben. Wie aber bereits erwähnt, sind von dem Mehrbetrag nie mehr als höchstens zwei Drittel unpfändbar. Es würde also bei einem Gesamtlohn von 1 200 000 Mark höchstens 1 Million Mark unpfändbar sein.

In gewissen Fällen wird aber die Unterhaltspflicht nicht berücksichtigt. Von dem pfändbaren Gehalt werden nämlich dann keine Abzüge für unterhaltsberechtigte Angehörige gemacht, wenn der Lohn zwei Millionen Mark übersteigt. Es wird dann der 600 000 Mk. übersteigende Betrag nur um ein Drittel (für den Schuldner selbst) gekürzt. Bezieht z. B. der Schuldner an Lohn oder Gehalt 3 Millionen Mark, so sind 1 400 000 Mk. unpfändbar. Diese Ausnahme führt zu einer recht ungleichmäßigen Behandlung der Schuldner. Schon ganz geringe Unterschiede in der Höhe der Besätze bedingen eine andere Festsetzung des unpfändbaren Teils. Die Ungleichbehandlung führt zu recht unbilligen Härten.

Herzogenhoden ist, daß der hierdurch in der Regel sonst unpfändbare Teil des Gehalts für gewisse Unterhaltsansprüche (Alimentationsforderungen) gepfändet werden kann. In diesen Fällen greift auch der Gläubiger des Schuldners, daß ihm nicht zum Leben übrig bleibe, nicht durch. Ohne Rücksicht auf den Betrag ist nämlich die Pfändung zulässig, wenn sie wegen der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das vorausgehende Vierteljahr kraft des Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeträge beantragt wird. Das Gesetz gilt zunächst auch zugunsten eines ehelichen Kindes für die Unterhaltsbeträge, die der Vater zu entrichten hat. Hier kann aber der Schuldner verlangen, daß ihm an unpfändbarem Lohn und Gehalt soviel übrig bleibt, wie er von den Besätzen zur Befriedigung seines „notdürftigen Unterhalts“ und zur Erfüllung der ihm bei seinen Angehörigen gegenüber geleglich obliegenden Unterhaltspflicht bedarf. Was rechtlich zum „notdürftigen“ Lebensunterhalt gehört, ist sehr unklar. In der Vorkriegszeit hatten sich hierfür bestimmte Normen herausgebildet. Jetzt fehlt aber jeder Anhalt.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Berlin, 4. April.

Unter dem Titel „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Auswirkungen des Weltkrieges“ veröffentlicht das Statistische Reichsamt eine Materialzusammenstellung, die dazu berufen ist, den zahllosen Fall- und Halbartheilen über die deutsche Wirtschaftslage und die ökonomische Leistungsfähigkeit im In- und Ausland den Boden zu entziehen. Im ersten Abschnitt wird ausgeführt, was Deutschland bisher auf Grund des Waffenstillstandsvertrages und des Versailler Vertrages geleistet hat. Es wird mit unüberleglichen Zahlenmaterial dargestellt, wie ungeheuerlich groß die Reparationen der deutschen Volkswirtschaft heute ist, und welche in ihren letzten Folgen noch gar nicht abzusehenden Amputationen wir uns gefallen lassen müssen, solange wir immerhin das heutige Deutschland in seinen wirtschaftlichen Grundlagen von dem Vorkriegsdeutschland verschieden ist. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit den Wirkungen dieser wirtschaftlichen Verarmung auf die Deckung des Nahrungs- und Rohstoffbedarfes sowie der Arbeitskräfte. Ein bejon-

deres Kapitel ist der Gestaltung der Zahlungsbilanz gewidmet, deren Beantwortung für das Reparationsproblem grundlegend ist. Das Problem der Reichshaushaltsführung, ferner die Fragen der Steuerbelastung finden entsprechende Berücksichtigung. In dem dritten Schlussabschnitt wird ein reichhaltiges Zahlenmaterial zusammengetragen, das die Wirkungen des Versailler Vertrages auf das Ausland darlegt. Das Ganze ist eine lebendige Rechnungslegung des deutschen wirtschaftlichen Soll und Habens und ein Grundriß der neudeutschen Wirtschaftskunde. Englische, französische, italienische und spanische Ausgaben werden in Kürze erscheinen.

Die Horcher an der Wand.

Ein Kulturbild aus nachrevolutionärer Zeit.

Ein Chemiker Bürger, der als Witwer im Besitz einer kleinen Wohnung ist und seinen Haushalt von seiner Frau führen läßt, hat von der Polizei einen Trennungsbefehl bekommen, der als Kulturbild bekannt zu werden verdient:

Im Herrn K. U., hier!

Sie unterhalten mit Fräulein J. ein unfruchtliches, ärgerniserregendes Verhältnis.

Auf Grund der Bestimmung in § 2 unter 1 des Gesetzes A vom 28. Januar 1835, verbunden mit § 8 des Gesetzes vom 8. März 1879 wird Ihnen aufgegeben, sich dieses unfruchtlichen, ärgerniserregenden Verkehrs zu enthalten. Insbesondere wird Ihnen unterlagt das gegenseitige Besuchen, Besuchsannehmen, das Wohnen und Nächtigen in einem und demselben Hause sowie jedes Betreten der gegenseitigen Wohnungen, auch wenn diese mit dritten Personen geteilt werden.

Für jeden Zuwiderhandlungsfall wird Ihnen eine Strafe von 100 Mk. Geld, hilfw. vier Tage Haft angedroht.

Zur Vermeidung solcher Strafe haben Sie ferner den gegenwärtigen unfruchtlichen Zustand des Wohnens in einem und demselben Hause binnen 14 Tagen, vom Empfang dieser Verfügung an gerechnet, durch Trennung zu befeitigen.

Polizeipräsident.

ges. Dr. Schulke, Oberregierungsrat.

Ausgefertigt, Chemnitz, am 28. Februar 1923.

König, Verwaltungsinpektor.

Wie die „Chemnitzer Volksstimme“ hierzu mitteilt, ist ein deutscher nationaler Rechtsrat und ehemaliger Offizier der Kurnachbar des auf dem Boden der Republik und des Sozialismus stehenden Bürgers K. U. Ferner ist von Belang, daß ein Freund des Herrn Rechtsrats in demselben Hause auf die Wohnung des in freiwilliger Ehe lebenden Paares reflektiert. Der Begriff des Vergewaltigens ist, laut Urt. in, dadurch gegeben worden, daß der Rechtsrat durch Horchen an der Wand an dem Zusammensein der beiden Menschen Anstoß genommen hat.

Man stelle sich vor, daß die Polizeibehörde ein solches Dokument nicht an einen armen Teufel, sondern einem kaiserlichen Herrn in seiner Villa geschickt hätte, um ihm zu befehlen, binnen 14 Tagen seine Mätresse zu verlassen und auch das gegenseitige Besuchen einzustellen! Gegen Arbeiter aber erlaubt man sich solche unerhörte Herausforderungen erlauben zu können. Gegen Arbeiter mag man es, zwei Menschen, die sich lieb haben, nicht nur das Zusammenwohnen, sondern so gar das gegenseitige Besuchen selbst in Gegenwart dritter Personen zu verbieten!

Was denn der Chemnitzer Polizeibehörde nicht bekannt, daß vor zwei Jahren die alten Bestimmungen über das Konkubinats durch eine Verfügung des schlesischen Ministeriums außer Kraft gesetzt worden sind? Vielleicht, daß der Polizeipräsident, dem die Verordnung des Ministeriums bekannt sein muß, von dem Vorange selbst nicht orientiert worden ist. Er hat mittlerweile auf den nachrücklichen Protest des Angegriffenen die Verfügung auch wieder zurückgezogen. Und das ist das einzige Erkennliche an der Sache.

Die Volkspartei in Reinkultur.

Die Deutsche Volkspartei ist in Preußen Regierungspartei innerhalb der großen Koalition; worauf sich die Führung der Partei und vor allem auch ihre Anhänger drücken im Lande stets sehr gut befinden, wenn es gilt, Rechte in Anspruch zu nehmen. Aber eine Koalitionspartei übernimmt auch Verantwortungen gegenüber den anderen Regierungsparteien. Dessen ist man sich jedoch, ganz besonders in der Zentrale, bei der Ernennung von Beamten, nicht bewußt. Das parlamentarische Entkommen bedingt, daß eine große Zahl politischer Beamter den Parteien der Regierung entnommen werden, weil es nicht ansteht, daß die Mehrheit dieser für die Politik der Regierung verantwortlichen Beamten der Opposition, sei es der deutschnationalen oder der kommunistischen, angehören. Die Deutsche Volkspartei hat auch noch keine Gesetzentwurf verfaßt, wo es sich darum handelt, Anordnungen auf Befehl eines solchen Amtes durch einen ihrer Anhänger zu erheben. Demgegenüber erleben wir aber immer wieder, daß in einzelnen Provinzen die Volkspartei zur deutschnationalen Opposition abzuweichen, wenn ein Amt durch einen Sozialdemokraten besetzt werden soll. Das war vor kurzem der Fall im Rheinland, als Genosse Bauckh zum Regierungspräsidenten in Koblenz ernannt werden sollte und jetzt haben deutschnationale und Volkspartei gemeinsam Einspruch gegen die kommissarische Bestellung eines Genossen, des Ministerialrats Krüger, zum Regierungspräsidenten in Lüneburg erhoben. Dabei ist die kommissarische Ernennung durch die preussische Regierung erfolgt, in der die Deutsche Volkspartei zusammen mit den Sozialdemokraten, nicht mit den deutschnationalen, steht. Der Grund für das Verhalten der Lüneburger Volksparteier ist lediglich darin zu suchen, daß Krüger Sozialdemokrat ist. Denn gegen seine sachliche Eignung sind gar keine Einwendungen zu machen und auch nicht gemacht worden. Krüger ist tatsächlich ein außergewöhnlich tüchtiger Beamter; er hat die Beamtenlaufbahn schon unter dem alten Reame einzelmalen und ist der Sohn eines früheren Ministers eines mitteldeutschen Bundesstaates. Was die völksparteiliche Opposition in Lüneburg verursacht, ist lediglich die Tatsache, daß er Sozialdemokrat ist.

Gelingt es den Zentralinstanzen der Volkspartei nicht, ihre Anhänger politisch besser zu erziehen, und ereignen sich immer wieder Fälle der gekennzeichneten Art, so darf sich die Volkspartei über eventl. Folgewirkungen nicht wundern.

Der Parteitag der belgischen Arbeiterpartei hat noch einen langen und schmerzlichen Debatte sich mit 369 213 Stimmen gegen 238 259 bei 15 439 Enthaltungen gegen die sofortige Einführung des Frauenstimmrechtes für die Provinzial- und Kommunalwahlen ausgesprochen. Ein besonderer Parteitag soll sich in der nächsten Woche nochmals beschäftigen. Die Haltung der Mehrheit der belgischen Genossen erklärt sich daraus, daß sie bei der Einführung des Frauenstimmrechtes für die nächsten Wahlen zur Provinzial- und Gemeindevertretung im Jahre 1924 einen Sieg der liberalen Reaktion befürchten.

Größere Ausdehnung des Streikes in Süd-Wales. Der Kohlenarbeiter Streik in Süd-Wales, der sich gegen die unorganisierten Arbeiter richtet, griff weiter um sich. Es streikten über 50 000 Arbeiter. Dieser Streik dürfte auf die Kohlenversorgung Mitteleuropas erheblichen Einfluß haben, da bisher eine halbe Million Tonnen Kohlen aus Süd-Wales nach dem Kontinent verschifft wurden.

Der Organisationsvertrag der drei Spitzenverbände.

Am 27. März ds. Js. wurde zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ein Organisationsvertrag unterzeichnet. Einleitend heißt es in diesem Vertrag: „Zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten und zur höchsten Steigerung ihrer organisatorischen Kraft und ihres Einflusses im Wirtschaftsleben vereinbaren die drei Spitzenverbände unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität für sich und ihre angeschlossenen Verbände folgenden Vertrag.“ Diese einleitenden Sätze bilden für sich betrachtet schon ein Programm; denn sie bringen zum Ausdruck, daß durch die Schaffung der gemeinsamen Kampffront die höchste organisatorische Kraftentfaltung erreicht werden soll. Unter Anerkennung des Grundsatzes der parteipolitischen und religiösen Neutralität soll versucht werden, den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg aller Arbeiter, Angestellten und Beamten möglichst zu beschleunigen.

Die sechs Paragraphen des Vertrages behandeln in ihrem ersten Teil vorwiegend grundsätzliche Fragen, im zweiten Teil dagegen die technische Zusammenarbeit innerhalb der Einheitsfront. Nach dem § 1 vertreten die drei Organisationen den Grundsatz, daß die wirtschaftspolitischen und die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen sind, ferner, daß der soziale Aufstieg der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten die Erhaltung der deutschen Republik zur Voraussetzung hat und deshalb jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken ist. Außerdem wird betont, daß die drei Organisationen auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I.G.B.) stehen. Im § 2 wird festgesetzt, daß jede der drei Spitzenorganisationen organisatorisch selbständig ist. Wenn auch die drei Organisationen sich verpflichten, in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten berühren, zusammenzuwirken, so wird aber klar und bestimmt ausgedrückt: „In Fragen, die nur die Interessen einer Gruppe unmittelbar betreffen, behält jede Spitzenorganisation ihre Selbständigkeit.“

Die Frage des Zusammenwirkens der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist schon seit langer Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen in Gewerkschaftskreisen. Seit November 1918 haben wiederholt Verhandlungen zwischen den Vorständen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der drei Arbeitnehmergruppen stattgefunden. Sie führten, soweit es sich um die Arbeiter und Angestellten handelte, zu einem Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, der am 12. April 1921 unterzeichnet wurde. Mit dem Deutschen Beamtenbund haben bereits im Jahre 1919 eingehende mündliche und schriftliche Erörterungen stattgefunden, die infolge des Zerhaltens des D. B. B. scheiterten. Auch die zwei Jahre später wieder eingeleiteten Verhandlungen verliefen ergebnislos, nachdem der Deutsche Beamtenbund forderte, daß ein zu treffendes Abkommen in der Formulierung so gefaßt sein soll, daß ihm auch alle anderen Spitzenorganisationen, z. B. der Deutsche Gewerkschaftsbund usw., beitreten könnten. Die am 18. Juni 1922 in Leipzig erfolgte Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bereite dann endgültig den Boden für den inzwischen unterzeichneten Vertrag vor.

Von den Gegnern der jetzt gebildeten Einheitsfront wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, ein Zusammengehen mit dem ADGB und AFA-Bund sei einer gewerkschaftlichen Beamtenorganisation nicht möglich, weil dadurch die parteipolitische Neutralität verletzt werde. Auch darauf wird verwiesen, daß der Abschluß des Organisationsvertrages weiter nichts bedeute als die Errichtung einer Beamtenzelle im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Auf den letzteren Einwand einzugehen erübrigt sich. Die Behauptung, daß der ADGB die dritte Säule des Allge-

meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, können nur Unwissende oder fanatische Gegner aufstellen. Es genügt, hier noch einmal festzustellen, daß der Organisationsvertrag nur selbständige Spitzenorganisationen kennt. Soweit es sich nun aber um den ersten Einwand handelt, verweisen wir auf den § 3 der Satzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, in dem es heißt: „Religiöse und parteipolitische Bestrebungen sind ausgeschlossen. Die angeschlossenen Verbände sind zur Wahrung dieses Grundsatzes gehalten.“ In einem anlässlich der zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund geführten Einigungsverhandlungen zustande gekommenen Einigungsprogramm des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wird unter Ziffer IV gesagt:

„Zur Durchführung dieser Forderungen (des Programms) ist eine Vereinbarung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund abzuschließen. Sie soll auf folgenden Grundätzen beruhen: ... Der Grundsatz der parteipolitischen und religiösen Neutralität sowie der vollständigen organisatorischen Selbständigkeit der Beamtenspitze ist strikt anzuerkennen und durchzuführen.“

Der Organisationsvertrag wird also in seiner Einleitung sowohl der Satzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wie auch seinem Einigungsprogramm gerecht. Schon diese Tatsache spricht dafür, daß die Angriffe, die sich gegen den Abschluß des Organisationsvertrages richteten und noch richten werden, schließlich nur beweisen, daß die Schaffung der Einheitsfront der deutschen Arbeitnehmer gewissen Leuten unangenehm wird, die bisher unter dem Deckmantel parteipolitischer Neutralität bestimmten politischen Parteien und den Feinden der Republik Handlangerdienste leisteten.

Volkswirtschaft.

Die größeren Fänge der Inlandfischerei, die bereits vor Wochen erwartet worden waren und die in der letzten Zeit tatsächlich einsetzten, haben in der Zeit hoher Fleischpreise wenigstens an einem Punkt auf dem Lebensmittelmarkt für den Konsumenten eine gewisse Erleichterung gebracht. Der Preis der Mastenfänge sank im Durchschnitt auf die Hälfte des Februarpreises. Der Preis für Ostseedorf sank z. B. von 700 bis 800 Mark auf 450 Mark. Dazu kam, daß die großen Heringsfänge in Norwegen, die zu einem starken Teil nach Deutschland gingen, den Preis für den grünen Hering von 1000 Mark im Februar auf 500 Mark herabsenkten. Nun hat allerdings unsere Hochseefischerei, die jetzt nur noch auf englische Kohle angewiesen ist, deren Preis bekanntlich infolge der starken Nachfrage ständig steigt, mit größeren Speisen zu rechnen als bisher. Es wird deshalb augenblicklich erzwungen, die Fischzufuhr über die trodene Grenze frei zu lassen. Für den Luksusfisch war die trodene Grenze bisher schon offen. Es darf wohl erwartet werden, daß angesichts der kaum nennenswerten Senkung des Fleischpreises bei aller Rücksichtnahme auf die Produktionskosten der Hochseefischerei die Interessen der Verbraucher gepahrt werden.

Devisen-Kurse.

Berlin, 6. April.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	4. April.	5. April.	
Amsterdam	1 fl.	8279,25	8279,25
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1174,55	1172,06
Kristiania	1 Kr.	3902,96	3815,48
Kopenhagen	1 Kr.	4019,92	4019,92
Stockholm	1 Kr.	5598,48	5600,96
Helsingfors	1 finn. Mk.		574,56
Pom	1 Lire	1054,85	1047,87
London	1 £	98004,57	97 904,62
Newyork	1 Dollar	21047,25	21 079,66
Paris	1 Frs.	1998,99	1961,58
Zürich	1 Frs.	3890,25	3865,81
Madrid	1 Pesetas	3226,91	3211,95
Wien	100 Kr.	29,72	29,82
Prag	1 Kr.	626,92	628,42
Budapest	1 Kr.	4,95	4,85

Vermischte Nachrichten.

Schottische Fischer gegen die deutsche Konkurrenz. Aus Aberdeen berichtet eine Korrespondenz: „Bereits seit einiger Zeit bestanden sich in Aberdeen eine Anzahl schottischer Fischer im Austausch und protestieren gegen die Konkurrenz der deutschen Fischerschuluppen. So war Aberdeen der Schauplatz einer energiegeladen Demonstration der ausländischen Fischer, die in einer Anzahl von 3000 Mann auf dem Schiffsplatz die Besetzung von drei deutschen Schiffen angriffen. Sie lösten alsdann die Anker mehrerer deutscher Fischerboote, die im Hafen lagen und von der Flut mit fortgerissen wurden. Schließlich griff die Polizei ein und drängte die Manifestanten mit Gummiknüppeln zurück.“ — Die Empörung der streikenden Fischer richtete sich, wenn sie auch begreiflich erscheint, zu Unrecht gegen die Besatzungen der deutschen Fischereidampfer, die ja lediglich den Anweisungen der deutschen Fischereiverbände folgen, wenn sie ihre Fänge an den englischen Märkten loszuwerden suchen. An und für sich ist es ein Stachel, daß mit deutschem Gelde gefangene Fische im Ausland verkauft werden, während in Deutschland Mangel an frischen Fischen herrscht. — Das Reuterebureau meldet neue Unruhen aus Aberdeen. Die streikenden Fischer suchten die Katräger, die die von den deutschen Fischereidampfern herangeführten Fische abholen und zum Markt schaffen sollten, daran zu hindern. Als die Träger den Markt unter polizeilichem Schutze erreichen wollten, wurden sie von mehreren tausend Auszubildigen, die von ihren Frauen begleitet waren, mit einem Hagel von Köhnenstücken empfangen. Die Polizei machte einen Angriff mit Knüppeln, während sie von den Fischern der Nachbarkäuser mit Wurfgeschossen überschüttet wurde. Die Menge wurde schließlich zerstreut, ein Polizist und ein Auszubildiger sind schwer verwundet worden.

Hohe Strafen für Viehdiebstahl. Das Landesgericht Landshut (Niederbayern) verurteilte wegen Viehdiebstahls und Kettenhandels den Viehhändler Heilweiser zu neun Monaten Gefängnis und 1 500 000 Mark Geldstrafe, den Viehhändler Wittmann zu neun Monaten Gefängnis und 1 000 000 Mark Geldstrafe, den Händler Zimmer zu einem Jahr Gefängnis und 2 200 000 Mark Geldstrafe, zwei andere Beteiligte erhielten ebenfalls empfindliche Strafen.

Die Laufbahn eines Fälljägers. Die Rolle eines Gerichtsassessors, Doktor der Rechte und „Sonditus bei großen Firmen“ hat der frühere Handlungsgehilfe Max Knöfel lange Zeit mit großem Erfolg durchzuführen gewußt. In den Jahren 1913/14 hatte er bereits Kreditwürdigkeiten begeben und war ins Gefängnis gekommen. Während des Krieges kam er im Lazarett auf die Idee, sich zum Doktor jur. und Gerichtsassessor zu machen. Gleichzeitig wurde aus dem Sohn eines Ritters der Sohn eines Oberkonsistorialrates, der mit der Tochter eines höheren Offiziers verheiratet ist. Aus Grund seiner gefälligen Zeugnisse gelang es ihm, eine Anstellung als juristischer Mitarbeiter bei Siemens-Schuckert in Berlin zu erhalten. Diese Stellung füllte er auch zur großen Zufriedenheit aus. Während des großen Streiks auf der Schichau-Werke im Jahre 1920 war er für den Verband der Metall-Industriellen Beisitzer bei den Schiedsgerichten im Reichsarbeitsministerium. Mit seinen guten Empfehlungsschreiben bekam er eine Anstellung als Sonditus bei dem Schweißer Gewerksverein. Hier aber regte sich bei ihm wieder sein verbrecherischer Trieb und er fälligte verschiedene Schecks, die er aber nicht rechtzeitig einlösen konnte, so daß Knöfel entlassen wurde. Dafür verurteilte ihn jetzt die Berliner Strafkammer unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis.

Eine Weltausstellung in Mailand. Zwischen Mussolini und dem Bürgermeister von Mailand fanden Beratungen über die Veranstaltung einer Weltausstellung in Mailand statt. Es wurde beschlossen, daß die Eröffnung am 26. Mai 1925 anlässlich der Jahreshauptfeier der Kriegserklärung stattfinden soll.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freikunst Lübeck und Jewillleton Hermann Bauer; für Inletare Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Sie husten nun schon wochenlang

und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Jagot-Extrakt durch Aufkochen mit ¼ l. Zucker u. ¼ l. Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Echter Jagot-Extrakt ist sicher erhältlich: Adler-Abotheke, Mengstraße 10. (142)

Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinrichs.

10. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ich glaube, er habe wohl ein Geldstück oder irgend etwas Kostbares gefunden, sah aber nichts. Da sagte er mich am Arm und trat etwas zur Seite: „Hier mußt du stehen, und jetzt sieh dorthin. Siehst du's?“

Ich sah aber immer noch nichts.

Er zog mich halb zur Erde: „Mensch, siehst du's nicht glücken? Wie eine richtige Krone! Das ist ein Gefunkel, was?“

Jetzt endlich sah ich wirklich etwas bliken, nämlich einen Grasbüschel, der an jedem Halm einen Lautropfen trug, die alle in der Sonne funkelten.

Erst lächelte ich ärgerlich auf und schimpfte: „Du Narr!“ aber dann fand ich doch, daß es wirklich wunderbar aussah, wie alle die winzigen Tröpfchen gleißelten und glitzerten. Aber mich ärgerte sein verzücktes Gesicht in meiner verdrehten Stimmung, und ich wollte ihm die Freude verderben.

„Na, eine Krone sieht denn doch wohl etwas anders aus,“ höhnte ich. „Meinst du?“ sagte er und wurde einen Augenblick ganz kleinlaut. Dann glänzte sein Gesicht wieder auf: „Aber leuchten kann sie auch nicht besser!“

Da mußte ich über ihn lachen und gab es willig zu, wofür er mir ordentlich dankbar war.

Als ich dann weiter ging, zeigte es sich, daß er denselben Weg nahm.

„Wohin willst du wandern?“ fragte er mich.

„Ich weiß nicht.“

„Das weißt du nicht?“

„Nein — es ist mir einerlei, wohin ich komme.“

„Aber Mensch, du mußt doch wissen, wohin du willst — du mußt doch einen Weg haben!“

„Muß ich das?“

Er lachte und sah mich verwundert an: „Du kannst doch nicht so durch die Welt laufen!“

„Warum nicht?“

Er ging eine Weile schweigend neben mir her und sann angestrengt nach. „Aus dir wird ich nicht flug,“ sagte er endlich, „aber ich — ich will nach Italien!“

Er wunderte sich offenbar, daß ich nicht haunte. Aber als ich schwieg, verlor er seine Sicherheit und fragte: „Was meinst du — ob ich hinkommen werde?“

„Du brauchst ja immer nur südwärts zu laufen,“ sagte ich. „Nicht wahr?“ rief er erfreut aus, „warum sollte man nicht nach Italien kommen — übrigens — hast du nicht Lust, mitzugehen?“

Bevor ich antwortete, sah ich meinen neuen Kollex näher an. Er sah etwas lächerlich aus mit dem blöden Schirm, der so gar nicht zu einem zünftigen Kunden paßte, aber er war für mich ein harmloser und gutmütiger Geselle. Ein großer Stilschuh hing ihm

über die Ohren, sein Gesicht war schmal, mit einer großen Nase gegürtet und von Sommersprossen überfärbt, aber seine Augen waren wirklich schön, von einem tiefen und leuchtenden Blau.

Ich überlegte — war's nicht ganz gleich, wohin ich lief? Und plötzlich hatte ich Angst vor meiner Einsamkeit und schaute mich nach einem Freunde. „Meinetwegen!“ sagte ich kurz und grob, und so sind wir zusammengeblieben.

Es zeigte sich, daß wir das gleiche Handwerk hatten, und das schien uns eine gute Vorbedeutung. Immerhin nahm ich mir vor, nichts von meinem Leben zu verraten und besonders meine Liebe zu Luise ganz als ein Heiligtum in mich zu verschließen.

Hannes — so hieß mein Kollex — war darin nicht so ängstlich und hatte mir bald erzählt, daß er eigentlich eine höhere Schule besuchen sollte, aber nicht mitgesehen habe, und daß seine Familie ihn nun als mißratenen Sohn aktue. Aber er sei froh, ein Handwerk gelernt zu haben und wolle sein Glück schon machen.

Er hatte übrigens ein merkwürdiges Gesicht, sah so freuen, und sein fröhliches Wesen tat mir unbeschreiblich wohl. Bald konnte ich's nicht mehr ertragen, so verschlossen neben ihm her zu laufen, und eines Tages erzählte ich ihm meine Geschichte, sogar alles, was ich eigentlich noch verschweigen wollte, meine Liebe zu Luise und auch meine Zweifel und Ängste.

Ah, wie froh war ich, daß er so unerschütterlich an sie glaubte! „Du mußt nur Geduld haben,“ meinte er, „und auch ihrem Vater Zeit lassen. Du bist ja auch noch viel zu jung; wenn du nach ein paar Jahren wiederkommst und tüchtig was gelernt hast, ist er froh, einen guten Nachfolger im Geschäft zu haben.“

Wie gerne glaubte ich ihm — einen ganzen Tag lang sprachen wir von Luise.

„Weißt du,“ sagte Hannes, „eigentlich ist es sehr gut, daß es so gekommen ist. Wie viel glücklicher werdest ihr sein, wenn ihr euch erst nach einer so langen Trennung bekommt, als wenn alles glatt gegangen wäre! Und dann denke nur, wie viel Schönes in der Welt du sonst überhaupt nicht gesehen hättest.“

So verstand er aus allem die guten Seiten heraus zu suchen, und ich fand bald, daß ich gar keinen Grund hatte, meinem Schicksal böse zu sein.

Hannes fand überhaupt ganz merkwürdig viel Schönes auf der Welt. Ein alter Baum, ein schöner Giebel, ein besonderer Baum, er entdeckte sie; und ich merkte erst jetzt, an wie viel tausend Dingen ich bisher achtlos vorbeigelaufen war. Ich kaufte ein kleines Heft und zeichnete nun hin und wieder unterwegs ein Stückchen ab, da kam er ganz aus dem Häuschen und lobte meine Kunst bis in den Himmel. Er selbst versuchte es auch, hatte aber ganz und gar kein Geschick dazu, und zeichnete ungläubliche Dinge zusammen. Dafür besah er eine ganz rührende Ausdauer und verließ sie immer wieder von neuem. Im Anfang half ich ihm wohl und zeigte ihm seine Fehler, aber wenn ich seinen runden Turm nicht gelassen lassen wollte, weil er ganz schief und eckig geraten war, betrauerte er sein Kunstwerk liebevoll und meinte: „Aber ausmachen tut es doch gar, und sollte es zufrieden ein.“

Im Festen hatte er ein fabelhaftes Glück. Wenn ich aus einem ganzen Dorf nur einige Brotkrumen zusammenholte, bekam er sicher irgendwo eine warme Suppe und brachte oft genug noch ein Ende Wurst und einige Grobchen mit.

Um Arbeit hatten wir uns bisher noch nicht bekümmert. Wir belafsen jeder noch einige Mark, die bei gutem Wetter — wenn wir draußen schlafen konnten — lange genug vorhielten. Aber als eine Regenwoche dazwischen kam, waren wir bald arme Teufel.

Inzwischen hatten wir den Rhein erreicht und schlenderten nun an ihm entlang nach Süden, ohne einen Pfennig, hungria und bedürftlich, als wir in einem kleinen Städtchen auf der Straße von einem Meister angehalten wurden, der uns unser Gewerbe von außen ansah. Er brachte zwei Geißeln, und da er uns einen guten Lohn versprach, gingen wir gleich mit. Wir waren selig, als die Meisterin uns ein gutes Abendessen vorsetzte; und als wir dann endlich einmal wieder in ein richtiges Bett kriechen konnten, meinte Hannes dankbar: „Morgen wird aber geschafft! Du sollst dich wundern, wie ich an die Arbeit geh.“

Er ging auch wirklich tüchtig heran. Er auckte sich, daß ihm der Schweiß vor der Stirn stand; und den Weg von der Habelbarnt zum Leimstein nahm er immer im vollen Lauf.

Ich selbst schlug mich mader an, und so war der Meister sehr zufrieden, und die Meisterin kochte doppelt gut.

Aber es war merkwürdig — so fleißig Hannes auch war, ich sah schon nach wenigen Tagen, daß er eigentlich nicht viel zu stande brachte. Die Arbeit klebte ihm an den Fingern, er nahm jedes Stück liebendmal in die Hand und machte zwar ein Habelstöße, wo einer genügt hätte. Und schon nach einer Woche hatte auch der Meister die Sache erkannt, zahlte ihm seinen Lohn aus und meinte, Hannes möchte sein Bündel schnüren und weiter wandern.

Hannes war ganz verblüht, daß er für seinen Schweiß so wenig Dank erntete und sah mich traurig an, als wir scheiden sollten. Da tat es mir leid um ihn, und ich verlangte ebenfalls meinen Abschied. Aber davon wollte der Meister nichts wissen, und das Ende war, daß auch Hannes bleiben konnte, weil ich nicht ohne ihn weiterarbeiten wollte.

Nun war Hannes rührend in seiner Dankbarkeit und mußte nicht, was er mir zu Liebe tun sollte. Ich sah am Abend aus unsere Kammer kam, steckte er mir ein Endchen Leberwurst zu. Er wußte, daß ich sie gern aß, da hatte er sich kein Teil beim Abendbrot vom Munde abgeparkt und heimlich für mich beiseite gehackt. Er hat fast vor Freude geheult, als ich nach längerem Streiten mit ihm endlich hineinließ.

Ich hab dann in den nächsten Wochen immer ein wenig von seiner Arbeit mitgemacht, so daß er leidlich zurecht kam. Das Schlimmste war nur, daß ich mir von dem Übernachten draußen einen Husten zugezogen hatte, der nicht weichen wollte. Eines Tages füllte ich mich so lächelnd, daß ich nicht aufstehen konnte; der Meister schickte einen Arzt zu mir, und noch am selben Tage kam ich ins Krankenhaus.

Fortsetzung folgt.

berührt, die obigen Mitteilungen als eine Düpierung der Bür-
genhaft anzusehen. Die Prüflinge zum Schiffer auf kleine Fahrt
waren vorwiegend Sportflegler, die „ausnahmsweise“ vom
Reichswirtschaftsminister und Lübecker Senate, ohne Aus-
weis der gesetzlich geforderten Fahrzeit, zuge-
lassen waren. Unter ihnen befand sich auch eine große Zahl von
Mitgliedern des Lübecker Jacht-Klubs und ein Herr vom
Sealerverein Trane. — Für die Prüfung kleinerer Fahrt
haben 23 Meldungen vor, unter denen ganze drei zünftige
Seeleute waren. Bestanden haben 21, während zwei
Prüflinge, Seeleute von Beruf, das Ziel nicht erreichten.
Ebenso erging es dem Prüfling für Küstenfahrt, der auch nicht
bestanden hat. — Zur Seemannsmeisterprüfung hatten sich 2 An-
wärter, je einer für die 3. und für die 4. Klasse gemeldet. Des
Erstgenannten Kenntnisse genühten für sein Vorhaben noch nicht;
er erhielt nur ein Befähigungsergebnis für die 4. Klasse. Also,
für wen wird die Seefahrtsschule eigentlich unterhalten? Dem
Stand nach Studienräte, Kaufleute, Apotheker,
Zeichenlehrer, Oberingenieure, Optiker. Der
gutmütigen Bürgerchaft hat man also blauen Dunst vorgemacht.
Das ist harter Tabak.

Die deutsche Schiffbauindustrie ergab 1922 an fertigestellten
bis sieben große, kilometerlange Kanalen fruchtbareren Niederlandes
Hegen brach, dienen umliegenden Bauern anderer Dörfer und
einem Travemünder Großschiffbau. Besitzer von mehreren Bauern-
höfen, als Masttriebsweide. Eigentümerin dieser großen Flächen
ist die Kirche von Travemünde. Arbeiter, Handwerker, Beamte,
Kleinrentner, Arbeitslose hupern nach einem Stück Ackerland, um
Anfolge Arbeitslosigkeit. Fährlicher Geschäftslage in diesem Jahre
durch Verkauf von Gemüsen und Kartoffeln in dem teuren Nord-
Travemünde ihre Familien über Wasser zu halten. Man sollte
annehmen, daß der Kirchenvorstand diesem Rechnura trocen
würde. Weit gefehlt; er zeigt nicht einmal den auten Willen,
sonst hätte er durch Verhandlungen mit den Wächtern, deren
10jährige billige Pacht im nächsten Jahre abläuft, erreichen kön-
nen und müssen, daß wenigstens eine Koppel für die Gemeindeg-
emüßiger frei geworden wäre. Auch die Behörde für Trane-
münde hat verlaggt. Köh denke doch, daß es mehr wie öffentliches
Interesse ist, wenn die Bevölkerung in dieser schweren Zeit in
wenig Verständnis findet. Der Kirchenvorstand und die Behörde
von Travemünde müssen wenigstens eine Koppel zur Kleinpacht
herausgeben. Die jetzige Zeit ist für alle schwer genug.

R. Travemünde. Unauslaßlich aber wahr! Sechs
bis sieben große, kilometerlange Kanalen fruchtbareren Niederlandes
Hegen brach, dienen umliegenden Bauern anderer Dörfer und
einem Travemünder Großschiffbau. Besitzer von mehreren Bauern-
höfen, als Masttriebsweide. Eigentümerin dieser großen Flächen
ist die Kirche von Travemünde. Arbeiter, Handwerker, Beamte,
Kleinrentner, Arbeitslose hupern nach einem Stück Ackerland, um
Anfolge Arbeitslosigkeit. Fährlicher Geschäftslage in diesem Jahre
durch Verkauf von Gemüsen und Kartoffeln in dem teuren Nord-
Travemünde ihre Familien über Wasser zu halten. Man sollte
annehmen, daß der Kirchenvorstand diesem Rechnura trocen
würde. Weit gefehlt; er zeigt nicht einmal den auten Willen,
sonst hätte er durch Verhandlungen mit den Wächtern, deren
10jährige billige Pacht im nächsten Jahre abläuft, erreichen kön-
nen und müssen, daß wenigstens eine Koppel für die Gemeindeg-
emüßiger frei geworden wäre. Auch die Behörde für Trane-
münde hat verlaggt. Köh denke doch, daß es mehr wie öffentliches
Interesse ist, wenn die Bevölkerung in dieser schweren Zeit in
wenig Verständnis findet. Der Kirchenvorstand und die Behörde
von Travemünde müssen wenigstens eine Koppel zur Kleinpacht
herausgeben. Die jetzige Zeit ist für alle schwer genug.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.
Stadttheater. Sonnabend: „Notre-Dame“. Sonntag vor-
mittag: Öffentliche Sountprobe zum 7. Sinfoniekonzert. Soli-
und Dirigent: Edwin Fischer. Sonntag abends: „Carmen“. An
Vorbereitung befindet sich in der Oper: „Don Juan's letzter
Abenteuer“, „Butterfly“, im Schauspiel: „Professor Bernhardt“
von Schnitzler, „Maria Magdalena“ von Sebald, „Ein Geschlecht“
von Fritz v. Harub, „Camont“ von Goethe.
Sankt-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr abends „Die Siegerin“
(Katharina, die Parin).

Angrenzende Gebiete.

Smith. Eine folgenschwere Explosion ereignete
sich am 2. Ostertage in dem benachbarten Heiddorf im Hause des
Fahrradhändlers Weigelt. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise
wurde durch Entzündung irgendeines Explosivstoffes fast das
ganze Haus in Trümmer geleat und großer Schaden angerichtet.
Der Einwohner Schult erlitt schwere Verletzungen.

Schiffvet. Ein Großfeuer, das etwa 20 Wohnun-
gen zerstörte hat unseren Ort heimgesucht. Am Mittwoch um
1 Uhr nachmittags ertönte Feuerlärm. Es brannte der Dachstuhl
des Hauses Hamburgerstraße 131. Das Feuer breitete sich, viel-
leicht durch Lagerung brennbarer Vorräte und auch durch den
herrschenden Ostwind beunruhigt, über das ganze Gebäude aus.
Den Bemühungen der Schiffvetter und Steinvetter Wehren ist es
zu danken, daß nicht mehr Häuser dem entsetzlichen Element zum
Opfer gefallen sind. Verbrannt ist viel Mobiliar und einiges
Kleinvieh. Menschverleben sind nicht zu beklagen. Die Hamburg-
er Feuerwehre, w. auch gerufen war, konnte sich auf Rettungs-
arbeiten beschränken. Die Entstehungsurache des Feuers ist un-
bekannt.

Odenburg. Zur gegenwärtigen politischen
Situation in Odenburg schreibt im „S. T.“ ein füh-
render demokratischer Politiker Odenburgs. Er sieht die Wahlen
nach nicht als absolut feststehend an, sondern erlaubt sich den
Satz: „Sollte die Volkspartei die Konsequenz ihrer Haltung nicht
ziehen und nicht bereit sein, die Regierung zu bilden und die
Verantwortung für das weitere Geschehen zu übernehmen, so
werden die Koalitionsparteien eine Uebergangsregierung ein-
setzen und die Wahlen werden stattfinden“. Im Verfolg des Ar-
tikels wird dann dargelegt, daß die Wahlen trotz scharfer Agita-
tion kaum ein anderes Bild des Landtages schaffen werden als
das feste Ende. Dazu bemerkt die „Republik“: Soweit die ge-
nannten beiden Vorkommnisse. Wir glauben allerdings, daß die
ganze Sache nicht mehr viel Problematik an sich hat, sondern
daß auf alle Fälle mit Ende Mai oder Anfang Juni stattfindenden
Neuwahlen zu rechnen ist. Unsere Genossen werden angesichts
dieser Lage auf tun. Schon heute sich mit dem Gedanken baldiger
intensiverer Arbeit vertraut zu machen. Dieses umsomehr,
als von allen Seiten betont wird, daß mit einem außergewöhn-
lich scharfen Wahlkampf zu rechnen ist.

Gerechtigkeit.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redak-
tion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)
Die Lübecker Steuerbehörde im Sinne St. Bureaumatismus.
Bekanntlich hat jeder Einkommensteuerpflichtige steuerfreie
Abzüge, welche vom Steuerbetrag abgezogen werden können. Diese
Abzüge stehen ihm für das ganze Jahr zu, gleichviel, ob das Ein-
kommen dauernd vorhanden ist oder nicht (beispielsweise in
Kronenrenten oder bei Erwerbslosigkeit). Bisher war es er-
laubt und üblich, daß den Lohnempfänglichen der steuerfreie Be-
trag nach Verdienstlosigkeit bei Wiedereintritt des Verdienstes
einfach vom Arbeitgeber bei der wöchentlichen Lohnzahlung ver-
rechnet werden konnte. Der Staat erlitt dabei keinen Schaden
und der verdienstlose Gewerke kam auch zu seinem Recht. Anders
heute. Einer meiner Arbeitskollegen war anfangs dieses Jahres
einige Wochen krank. Der Arbeitgeber verrechnete den steuer-
freien Betrag für diese Zeit bei der folgenden Lohnzahlung. Bei
einer Revision stellte ein Steuerbeamter dies als nicht mehr zu-
läßig fest und verlangte, man staune!, daß der verrechnete Betrag

nachträglich vom Lohne einbehalten werde. Diesen Betrag würde
die Steuerbehörde am Quartalsende auf Verlangen wieder zu-
rückzahlen. In dem angeführten Falle handelte es sich um den
Betrag von etwa 600 Mk. Diese 600 Mk. mußten also erst aufs
Steuerbureau wandern, um nach einem Vierteljahr wieder zurück-
gezahlt zu werden. Im Zeichen der Sparsamkeit und Geldnot
des Staates ein ganz nette Leistung, wenn man bedenkt, daß,
bis die 600 Mk. wieder ihren Weg zurückgefunden haben, erheb-
liche Unkosten entstanden sind durch Schreibereien, Zeitverlust und
Geldverluste. M. E. dürften die Verluste auf beiden Seiten den
fraglichen Betrag um ein Mehrfaches übersteigen. Es ist wohl
möglich, daß die Behörde nach irgend einem Paragrafen hand-
elt; sollte es aber nicht möglich sein, einem in Berlin verbogenen
Paragrafen in Lübeck eine vernünftige Auslegung zu geben?
Ihr lieben Steuerbeamter! Denkt doch mal in einer lichten
Stunde darüber nach, wie einem Menschen zumute ist, der durch
Arbeitslosigkeit oder dergleichen in unerschuldete Not gekommen ist,
wenn er sich auf den geraden Weg. U. U. Mann.

Allerlei Wissenswertes.

Deutsche Erdbeben. So gewaltige Erdbeben, wie es Chile
heimgesucht hat, haben wir in Deutschland zwar nicht zu befürch-
ten, aber es ist doch ein Irrtum, anzunehmen, daß wir ganz gegen
Erdbeben geschützt seien. Wir haben sogar noch 1911 heftige Stöße
in Südb- und Mitteldeutschland zu verzeichnen gehabt. Am häufig-
sten sind allerdings Erdbeben an den Bruchrändern der Ge-
birge, so an der Westküste Südamerikas, in Westafrika, dem Ma-
laccaischen Archipel, in Japan, an der europäischen Mittelmeerküste
usw. Der oberflächliche Mittelpunkt eines zentralen Erdbebens
ist das Epizentrum. Von den 10599 als Epizentren bekannten
Orten der Erde sind in Deutschland nur 425, und von diesen sind
die meisten im Erz- und Fichtelgebirge, nämlich 80, in Württem-
berg 68, im Odenwald und in Baden je 43, an den Küsten der
Nord- und Ostsee 33, im Taunus und im Hunsrück 32, in West-
falen 29, im Elsaß 24, im Harz 18, in Ostbayern 11, in Thüringen
10, am Mittellauf der Wesel, in der Harz und in Luxemburg 10,
in Lothringen und der Pfalz 9, in Schlesien 8 und im Riesens-
gebirge 7. Die Häufigkeit der Erdbeben ist am größten in Würt-
temberg, dann kommen Baden, der Odenwald, Taunus und Huns-
rück, Westfalen, Erz- und Fichtelgebirge, Schlesien und das Riesens-
gebirge. Ganz frei von Erdbeben ist die norddeutsche Tiefebene,
in der nur im Jahre 1755, im Anschluß an das furchterliche Erd-
beben von Lissabon, Bodenschwankungen bemerkt wurden. Dester
sind Erdbeben im deutschen Alpengebiet, in den Gebirgen am
Oberrhein, in der Schwarzwaldgegend und den Vogesen. Haupt-
zentren für Deutschland aber sind Herzogenrath bei Nahe und
Großrauen in Hessen und noch häufiger sind deutsche Erdbeben
im sächsisch-böhmischen Hochland, hauptsächlich im Vogtland, das
der Häufigkeit der Erdbeben nach wohl das unruhigste Gebiet ganz
Mitteleuropas bildet. Die vogtländisch-sächsischen Erdbeben sind,
daher auch am genauesten bekannt.

Geschäftliches.

Suppengrünes. Bis Anfang Mai werden die Suppenkräuter
immer seltener und teurer. Da tritt nun als treue Freundin der
Hausfrau Maggi's Würze auf. Mit wenigen Tropfen gibt sie
der Fleischbrühe, allen schwachen Suppen und faden Soßen einen
frischen, herzhafte Geschmack. Man verlange aber ausdrücklich
echte Maggi's Würze.

Restaur. * Cafés * Vergnüg.
Täglich
Abend
7.30
Uhr
Gemein-
schaft-
saal
3. u. 4. Stg.
Fledermaus
Vorstellung und Tanz.
1. Stg.: Sehensw. Vor-
stimmung * Humor.

„TROCADERO“
Fernsprecher 787 Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungs-Konzerte.

Schweizerhaus, Israelsdorfer Allee
Fernsprecher 2394
Restaurant, Konditorei und Café
Angenehmer Familienaufenthalt.

Geschäftliche Kundschaft
und
Leitungs-Dauer-Fahrplan
Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 545, 747, 1103, 125, 417, 722, 820 D-Zug, 930 Sonntags, 935.
Travemünde-Niendorf: 527 Werft., 815 Travem., 207, 652.
Büchen: 800, 130, 530. — Seeberg: 130 Werftags, 210 Sonntags, 730.
Ludow.: 715, 200, 648.
Kleinen: 715, 925 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterichg.)

Stadthallen-Restaurant und weißer Saal
Sonntags: im vorderen Raum: Konzert, im weißen Saal: vornehmes Kränzchen.
Mittwochs: Familienabend mit Tanz.
NB. Halte meine Lokale für Gesellschaften und Festlichkeiten bestens empfohlen.

Kammerlichtspiele Königstraße 25
Jeden Freitag hochinter-
essantes neues Programm
Alexander Krock :: Königstraße Nr. 47
Spezialgeschäft in
Lederwaren, Reisekoffern, Reise- und Damentaschen in reicher Auswahl.

Sporthaus Paul Gassmann
Telephon 2171 LÜBECK, Breite Straße 83 Telephon 2171
Loden-Bekleidung
Vollständige Wander- und Sport-Ausrüstungen in sorgemäßer Aus-
führung, in erprobt bewährten Qualitäten.

Julius Stammer
Konditorei - Kaffee
Lindenstraße 1b.

Lindenhof Näheres im
Inseratenteil
Café Köpff
Vornehmes Familien-Café
Lübeck, Breite Str. 89.

Spezialgeschäft
für Schuhzeug und Bekleidung
Otto Schröder
Balauerstraße 17.

Nur gute
Schuhe
Schuhwarenhaus
AUGUSTE POPP
sind
billig!

Schuhwarenhaus von
Ludwig Krell, Königstr. 44
Lager in Arbeitstiefeln :: Feinste Maßanfertigung
Reparaturen, Leder-Ausschnitt.

Biete alle Arten
Schuhwaren
zu billigen Preisen an,
da kleinen Laden und wenig Unkosten.
F. Lucht,
Muxstraße 59.

53 Aegidienstraße 53
Man kauft und verkauft
am vorteilhaftesten
Garderobe, Pelzwerk usw.
53 Aegidienstraße 53

79 Fischergube (Börse)
Man kauft und verkauft am
vorteilhaftesten
Garderobe,
Seemannsartikel, Pelzwerk
79
Börse Fischergube 79

„OPERA“
KÜNSTLERSPIELE
ABENDS 8 1/2 UHR.

Zillerthal Hinter St. Petri 6
bei der Post
Gemütl. Aufenthalt.
Kunstschatz.

Gewerkschaftsbau
Sohannisstraße 50/52

Café Viktoria
Mühlenbrücke 1
Täglich Konzert

Bodega-Weinstuben
mit H. Giesenberg * Fleischhauerstr. 14
in allbekanntester Güte.

Ruhhaus Israelsdorf
Lübeck, Israelsdorfer Allee

Geertz Hotel, Schwartau
am Riesebusch. Jed. Sonnt. Konzert.